

## Bundestagswahlprogramme 2021 aus Steuersicht<sup>1</sup>

### Die Linke, [Wahlprogramm](#)

Stichwort	Auszug des Wahlprogramms	Referenz
<b>Vermögenssteuer bis 5 %</b>  <b>Abschaffung Schuldenbremse</b>         <b>Steuerfreibetrag anheben</b>	<p><b>Ungleichheit verringern</b></p> <p>[...] Wir wollen hohe Vermögen und Erbschaften stärker besteuern. Statt einer Billigsteuer für Unternehmensgewinne wollen wir Profite wie alle Einkommen besteuern. Unser Grundgesetz sieht die Möglichkeit einer Vermögenssteuer vor, wir wollen diese wieder erheben und Multimillionäre und Milliardäre mit einem progressiven Steuertarif von bis zu fünf Prozent in die Finanzierung einer gerechten Gesellschaft einbeziehen. [...] Wir halten gemeinsam mit vielen Expert*innen die Schuldenbremse für volkswirtschaftlich schädlich und wollen sie abschaffen.</p> <p>Wir schlagen vor, die Steuerfreibeträge in der Einkommensteuer anzuheben: 1.200 Euro pro Monat werden von Steuern freigestellt. Das entlastet niedrige und mittlere Einkommen spürbar.</p>	Seite 11
<b>Abzug von Managergehältern beschränken</b>	<p><b>Gute Arbeit, gute Löhne – Demokratie gilt auch im Betrieb</b></p> <p>[...] Wir wollen verbindliche Obergrenzen für Manager- und Vorstandsgehälter: Sie dürfen nicht mehr als das Zwanzigfache des niedrigsten Gehalts im Unternehmen betragen. Managergehälter können steigen, wenn die untersten Lohngruppen angehoben werden. Jahresgehälter über einer halben Million Euro dürfen nicht mehr steuerlich abzugsfähig sein.</p>	Seite 17
	<p><b>Gute Rente, gutes Leben: Solidarische Erwerbstätigenversicherung</b></p> <p>[...] Die Doppelbesteuerung der Renten wollen wir abschaffen. Wir wollen das steuerfreie Existenzminimum auf 14.400 Euro im Jahr anheben – kleine bis mittlere Renten wären</p>	Seite 23

<sup>1</sup> Die Darstellung bietet lediglich einen Überblick und erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit.

<p><b>Keine Doppelbesteuerung der Rente</b></p> <p><b>Anhebung steuerfreies Existenzminimum</b></p>	<p>damit steuerfrei. DIE LINKE fordert eine Verlängerung des Übergangszeitraums bis 2070, eine außerordentliche Rentenerhöhung und eine Neuberechnung des individuellen Rentenfreibetrags. Denn die Rente muss nach jahrzehntelanger Beitragszahlung auch netto den Lebensstandard wieder sichern. [...]</p>	
<p><b>Übertragbarkeit des steuerlichen Existenzminimums</b></p>	<p><b>Soziale Sicherheit für alle</b></p> <p>[...] Geschlechtergerechte Steuermodelle statt Ehegattensplitting. Das nicht ausgeschöpfte steuerliche Existenzminimum soll zwischen Eheleuten bzw. Lebenspartner*innen übertragbar sein.</p>	<p>Seite 30</p>
<p><b>Neue Wohnungsgemeinnützigkeit</b></p>	<p><b>Sozialen und gemeinnützigen Wohnungsbau schaffen!</b></p> <p>[...] Mit der Einführung einer Neuen Wohnungsgemeinnützigkeit binden wir die Förderung und steuerliche Vergünstigungen dauerhaft an Mietobergrenzen, eine Pflicht zur Reinvestition von Gewinnen sowie demokratische Mitbestimmungsrechte für Mieter*innen. [...]</p>	<p>Seite 40</p>
<p><b>Bodenwertzuwachssteuer</b></p> <p><b>Grunderwerbsteuergestaltungen durch Share Deals unterbinden</b></p> <p><b>Immobilienverkäufe stärker besteuern</b></p> <p><b>Abschaffung der steuerfreien Veräußerung privater Immobilien</b></p>	<p><b>Spekulation stoppen – Gewinne abschöpfen</b></p> <p>[...] Spekulationen mit Bauland wollen wir stoppen. Deshalb wollen wir leistungslose Gewinne durch den Wertzuwachs an Grundstücken über eine Bodenwertzuwachssteuer abschöpfen.</p> <p>Steuertricks beim massenhaften Kauf- und Verkauf von Wohnungen, wie z.B. sogenannte Share Deals, wollen wir unterbinden.</p> <p>Private Immobilienverkäufe dürfen auch nach zehn Jahren bis auf einen individuellen Freibetrag nicht mehr steuerfrei sein. [...]</p>	<p>Seite 43 f.</p>

<p><b>Steuermittel zur Forschungsförderung auf tarifgebundene Einrichtungen begrenzen</b></p>	<p><b>Gute Wissenschaft braucht Gute Arbeit</b></p> <p>[...] Steuermittel zur Forschungsförderung dürfen nur an tarifgebundene Einrichtungen gehen. Das schafft auch Anreize, dass die Institute der Max-Planck-Gesellschaft, Fraunhofer-Gesellschaft, Helmholtz-Gemeinschaft und Leibniz-Gemeinschaft Mitglied in einem Arbeitgeberverband werden.</p>	<p>Seite 54</p>
<p><b>Koppelung von Subventionen an Gegenleistung</b></p>	<p><b>Industriearbeitsplätze mit Zukunft schaffen</b></p> <p>[...] Keine Steuergelder ohne Gegenleistung. Staatliche Gelder (egal ob direkte Hilfszahlungen oder versteckte Subventionen) müssen an langfristige Garantien von Arbeitsplätzen, Tarifverträgen und an verbindliche Investitionspläne gebunden werden, um den notwendigen ökologischen Umbau der Produktion voranzutreiben, Planungssicherheit und sichere Einkommen für die Beschäftigten zu garantieren.</p>	<p>Seite 60</p>
<p><b>Mobilitätszulage statt Pendlerpauschale</b></p> <p><b>Dienstwagenbesteuerung</b></p>	<p><b>Bahn für alle! Soziale und ökologische Verkehrsplanung</b></p> <p>[...] Die Pendlerpauschale wollen wir in eine sozial gerechte Mobilitätszulage umwandeln und zusätzlich einen Anreiz zum Benutzen des Umweltverbunds bieten</p> <p>Das steuerliche Dienstwagenprivileg wollen wir abschaffen, damit nicht weiterhin vor allem Gutverdienende, Arbeitgeber*innen und die Automobilindustrie auf Kosten der Allgemeinheit und der Umwelt profitieren. [...]</p>	<p>Seite 64</p>
<p><b>Kerosinsteuer</b></p> <p><b>Reguläre Umsatzbesteuerung von Flugtickets</b></p>	<p><b>Flugverkehr reduzieren</b></p> <p>[...] Den sozialen und ökologischen Dumpingwettbewerb im Luftverkehr wollen wir unterbinden. Wir wollen eine einheitliche Kerosinsteuer in der EU. Auf Flugtickets ins Ausland soll der volle Mehrwertsteuersatz fällig werden.</p>	<p>Seite 66</p>
	<p><b>In erneuerbare Energie investieren, Energiekonzerne entmachten</b></p> <p>[...] Ungerechtfertigte Industrierabatte bei Ökosteuern, Netzentgelten,</p>	<p>Seite 69</p>

<b>Abschaffung Industrierabatte</b>	Emissionshandel und im Erneuerbare- Energien-Gesetz (EEG) müssen entfallen. Sie verhindern den notwendigen Strukturwandel. [...]	
<b>Stromsteuer für private Verbraucherinnen und Verbraucher senken</b>	<b>Strompreise stärker kontrollieren, Energie für alle bezahlbar machen</b>  [...] Wir wollen den Strompreis für Endkunden senken, indem wir: [...] die Stromsteuer für private Verbraucher*innen senken. [...]	Seite 71
<b>Ermäßigter Umsatzsteuersatz bei Reparaturdienstleistungen</b>	<b>There is no planet B: Ressourcen im Kreislauf führen</b>  Für Reparaturdienstleistungen und Demontage wollen wir die Mehrwertsteuer auf 7 Prozent senken. Reparatur und Wiedernutzung muss Vorrang vor Recycling haben.	Seite 77
<b>Gewerbsteuer in Gemeindefinanzierungssteuer umwandeln</b>  <b>Billigsteuer auf Gewinne aus Kapital und Aktien</b>  <b>Stärkere Besteuerung von Kapitalerträgen</b>	<b>Mit Steuern umsteuern</b>  [...] DIE LINKE tritt für eine Reform der Gewerbesteuer in eine Gemeindefinanzierungssteuer ein. Verbunden mit der Umsetzung von Konvergenz können die Kommunen wieder auf verlässliche finanzielle Füße kommen.  [...] Wer viel hat, kann es leicht vermehren. Auf Gewinne aus Kapital und Aktien wird eine Billigsteuer erhoben. Wer hingegen wenig oder nichts hat, zahlt mehr und mehrfach: Lohnsteuer kann man nicht hinterziehen, sie wird sofort abgezogen. Die Mehrwertsteuer belastet Menschen mit niedrigem Einkommen stärker. Weil öffentliches Eigentum privatisiert wurde, müssen viele Dienstleistungen privat bezahlt werden. Ein Großteil der Vermögen in Deutschland wird vererbt. Hohe Einkommen werden weniger besteuert als noch in den 1990er Jahren. Jahrzehntlang ist in Deutschland eine Vermögenssteuer erhoben worden – seit 1997 nicht mehr. Das wollen wir ändern, um die skandalöse Ungleichheit in Deutschland zu bekämpfen.  [...] Hohe Vermögen und Einkommen, Erbschaften und Gewinne aus Kapital und Aktien müssen stärker besteuert werden. [...]	Seite 86

<p><b>Einführung Vermögensteuer 5 % bei Vermögen &gt; 1 Mio. €</b></p> <p><b>Einführung Vermögensabgabe ab Nettovermögen &gt; 2 Mio. €</b></p>	<p>DIE LINKE fordert eine Vermögensteuer mit einem progressiven Tarif und einem Freibetrag für Privatvermögen von 1 Million Euro pro Person (ohne Schulden). Wer etwa mit einer Eigentumswohnung in der Innenstadt »Papiermillionär« ist, wird nicht belastet. Das ist insbesondere wegen der Entwicklung der Immobilienpreise wichtig, die zu massivem Vermögenszuwachs für Eigenheimbesitzer führten, was aber anders als bei großen Immobilienhaien nicht mit hohen Renditen einhergeht. Der Freibetrag für Betriebsvermögen liegt bei 5 Millionen Euro. Altersvorsorge soll von der Steuer ausgenommen werden.</p> <p>Der Eingangsteuersatz der Vermögensteuer startet bei 1 Prozent und steigt bis zu einem Nettovermögen von 50 Millionen Euro stetig an. Ab 50 Millionen Euro greift der Höchststeuersatz von 5 Prozent. Das ist angemessen, weil große Vermögen besonders hohe Renditen abwerfen. Zudem ist bei sehr großen Vermögen auch eine Umverteilung zulasten von Vermögenssubstanz erforderlich. Die geschätzten Einnahmen liegen dann jährlich bei 58 Milliarden Euro.</p> <p>Starke Schultern tragen mehr: Für die Bewältigung der Coronakrise wollen wir eine Vermögensabgabe erheben. Diese soll für Nettovermögen über 2 Millionen Euro (für Betriebsvermögen ist der Freibetrag 5 Millionen Euro) erhoben werden. Die Vermögensabgabe ist progressiv von 10 bis 30 Prozent gestaffelt und kann über zwanzig Jahre in Raten gezahlt werden. Die jährliche Belastung des Nettovermögens beträgt so zwischen 0,1 und 1,5 Prozent. Die geschätzten Einnahmen liegen bei 310 Milliarden Euro über zwanzig Jahre.</p>	
<p><b>Erbschaftsteuer: Streichung der Betriebsvermögensvergünstigung und Anhebung der Steuer in bestimmten Fällen</b></p>	<p>Erbschaftsteuer: Reichtum wird vererbt – meist ohne, dass nennenswerte Steuern bezahlt werden. Gerade die Superreichen können ihre Millionenvermögen in Unternehmensanteilen steuerfrei vererben oder verschenken. Wir werden dafür sorgen, dass die Steuerschlupflöcher geschlossen werden. Zu dem Zweck sollen die heute existierenden Privilegien für Betriebsvermögen bei Erbschaften und Schenkungen entfallen. Wir werden die Erbschaftsteuer auf hohe Erbschaften erhöhen. Normales,</p>	<p>Seite 86 f.</p>

<p><b>Anhebung der Körperschaftsteuer auf 25 %</b></p> <p><b>Konzernsteuerreform</b></p> <p><b>Übergewinnsteuer auf außerordentliche coronabedingte Gewinne</b></p> <p><b>Ermäßigter Umsatzsteuersatz</b></p> <p><b>Bundesfinanzpolizei</b></p> <p><b>0,1 % Finanztransaktionssteuer</b></p>	<p>selbstgenutztes Wohneigentum bleibt freigestellt. Mehreinnahmen im Jahr: 8 bis 10 Milliarden Euro.</p> <p>Die Unternehmenssteuern wurden schon vor Jahren massiv gesenkt. Die Körperschaftssteuer muss wieder auf 25 Prozent erhöht werden. Wir wollen den Wettlauf der Unternehmen um Steuervermeidung unterbinden und drängen auf europaweite Mindestsätze für Unternehmenssteuern. Wir werden sicherstellen, dass Unternehmen und Konzerne sich nicht den Steuern entziehen. Mega-Konzerne wie Amazon wurden in der Corona-Krise noch mächtiger, zahlen aber kaum Unternehmensteuer. Wir brauchen deshalb eine Steuerreform, die solche Konzerne stärker am Ort ihrer wirtschaftlichen Aktivitäten und der Umsätze besteuert.</p> <p>Zudem müssen außerordentliche Gewinne von Unternehmen wie Amazon, die wegen der Coronakrise erzielt wurden, mit einer Übergewinnsteuer (Excess Profit Tax) abgeschöpft werden, um die Marktmacht der Krisengewinner zu begrenzen.</p> <p>Umsatzsteuer: Für arbeitsintensives Handwerk, Produkte für Kinder und Arzneimittel wollen wir ermäßigte Steuersätze.</p> <p>Steuerhinterziehung: Geldwäsche und Subventionsbetrug wollen wir wirksamer bekämpfen und somit Steueroasen – auch »made in Germany« – austrocknen. Dafür wollen wir eine Bundesfinanzpolizei aufbauen und das Personal im Steuervollzug bedarfsgerecht aufstocken. Es ist realistisch, mit einem konsequenteren Steuervollzug und der Bekämpfung von Steuerhinterziehung in Steueroasen jährlich etwa 15 Milliarden Euro mehr einzunehmen.</p> <p>Finanztransaktionssteuer: Wir dämmen die Spekulationen auf den Finanzmärkten ein. Bei jeder Finanztransaktion soll ein Steuersatz von 0,1 Prozent fällig werden. Die eingenommenen Gelder sollen einerseits für eine nachhaltige Entwicklung in den Ländern</p>	
--	---	--

<p><b>Gemeindewirtschaftsteuer statt Gewerbesteuer</b></p> <p><b>Abschaffung der Schaumweinsteuer</b></p>	<p>des Südens und für globalen Klimaschutz und andererseits für den sozial-ökologischen Umbau unserer Industriegesellschaft genutzt werden.</p> <p>Gemeindewirtschaftssteuer: Wir wollen die bisherige Gewerbesteuer in eine Gemeindewirtschaftssteuer umwandeln. Die Bemessungsgrundlage wird ausgeweitet (Pachten, Mieten, Leasingraten und Lizenzgebühren werden berücksichtigt) und gutverdienende Selbstständige und Freiberufler einbezogen. Dafür werden wir den Freibetrag auf 30.000 Euro anheben und die festgesetzte Steuer bei der Einkommensteuer berücksichtigen. Die Gewerbesteuerumlage wird abgeschafft, was Städte und Gemeinden finanziell entlastet</p> <p>Die Linke setzt sich für die Abschaffung der Schaumweinsteuer ein.</p>	
<p><b>Steuerliche Tarifierpassung zur Entlastung niedriger und mittlerer Einkommen</b></p> <p><b>Steuerlicher Freibetrag v. 14.000 €</b></p> <p><b>Besteuerung höherer Einkommen</b></p>	<p><b>Einkommensteuer gerecht reformieren</b></p> <p>Auch die Besteuerung von Einkommen wollen wir gerechter machen. Niedrige und mittlere Einkommen wollen wir entlasten. Hohe Einkommen müssen stärker besteuert werden. Als Faustregel gilt: Wer (als Single, Steuerklasse I) weniger als 6.500 Euro im Monat brutto hat, zahlt nach unserem Tarif weniger Steuern. Alle haben Vorteile von der verbesserten öffentlichen Daseinsvorsorge und den geringeren Beiträgen zu unserer solidarischen Gesundheitsversicherung.</p> <p>Alle zu versteuernden Einkommen unter 14.400 Euro im Jahr bleiben steuerfrei. Der Steuerverlauf wird abgeflacht. Gerade mittlere Einkommen profitieren, da ein höherer Freibetrag bedeutet, dass nur auf das darüberhinausgehende Einkommen überhaupt Steuern gezahlt werden müssen.</p> <p>Höhere Einkommen wollen wir stärker besteuern. Ab 70.000 Euro zu versteuerndem Einkommen im Jahr beträgt der Steuersatz 53 Prozent. Zu versteuerndes Einkommen bedeutet: das, was vom Bruttoeinkommen nach den üblichen Abzügen (pauschale Freibeträge und Sonderausgaben) übrigbleibt. 70.000 Euro zu versteuernden Einkommen entspricht etwa 81.000 Euro Bruttoverdienst eines oder einer Alleinstehenden ohne Kinder.</p>	<p>S. 88</p>

<p><b>Reichensteuer</b></p>	<p>53 Prozent Steuersatz gilt für das Einkommen ab 70.000 Euro. Der durchschnittliche Steuersatz für 70.000 Euro Einkommen liegt bei ca. 30 Prozent.</p> <p>Wir sehen zwei Stufen einer gesonderten Reichensteuer vor: 60 Prozent ab der aktuellen Reichensteuergrenze von 260.533 Euro und 75 Prozent für Einkommen oberhalb von einer Million Euro zu versteuerndem Einkommen.</p>	
<p><b>Abschaffung der Abgeltungsteuer</b></p>	<p>Einkommen aus Kapitalerträgen sollen nicht weiter bevorzugt werden, sondern nach denselben Sätzen versteuert werden wie alle Einkommen. Die Abgeltungssteuer von 25 Prozent werden wir abschaffen, Einschränkungen der Verrechnung von Verlusten aus Kapitalvermögen sowie den Sparerpauschbetrag allerdings beibehalten.</p>	
<p><b>Familienfreundliches Steuermodell statt Ehegattensplitting</b></p>	<p>Das Ehegattensplitting wird durch familienfreundliche Steuermodelle ersetzt. Dabei muss das nicht ausgeschöpfte steuerliche Existenzminimum zwischen Eheleuten bzw. Lebenspartner*innen übertragbar sein.</p>	
<p><b>Abfindungen</b></p>	<p>Bei Entlassungen wollen wir Steuerfreibeträge für Abfindungen wieder einführen.</p>	
<p><b>Mobilitätsgeld statt Entfernungspauschale</b></p>	<p>Die Entfernungspauschale wird durch ein Mobilitätsgeld ersetzt, dass pro Entfernungskilometer zur Arbeitsstätte allen Arbeitnehmer*innen unabhängig von ihrem Einkommen dieselbe Steuerbegünstigung verschafft.</p>	
<p><b>Solidaritätszuschlag beibehalten</b></p>	<p>DIE LINKE will den Solidaritätszuschlag für hohe Einkommen erhalten und zu einem Solidaritätspakt III umbauen. Der Soli ist die sozial gerechteste Steuer: mit der stärksten Entlastung im unteren Bereich und für Menschen mit Kindern – und der stärksten Belastung für die im oberen Bereich, besonders Menschen ohne Kinder.</p>	
<p><b>Solidaritätspakt III einführen</b></p>	<p>DIE LINKE fordert einen Solidarpakt III zur Bewältigung des Strukturwandels in Regionen in und nach dem industriellen Umbruch. Das finanzielle Volumen muss an den Solidarpakt II anknüpfen, daher fordern wir mindestens 10 Milliarden Euro jährlich aus Bundesmitteln für den Strukturwandel und Kohäsion zur Verfügung zu stellen. Unser Solidarpakt III richtet</p>	



	sich an alle strukturschwachen Regionen in Deutschland. Wir schlagen für die Planungssicherheit einen Zeitraum bis 2035 für den Solidarpakt III vor und somit ein Gesamtvolumen von mindesten 150 Milliarden Euro.	
<b>Grunderwerbsteuerreform</b>	<p><b>Grunderwerbsteuer und Share Deals</b></p> <p>Durch steigende Immobilienpreise und die in fast allen Bundesländern angehobenen Steuersätze der Grunderwerbsteuer ist die Steuerbelastung für die meisten Immobilienerwerbe deutlich gestiegen. Immobilienkonzerne hingegen, die große und sehr große Immobilienpakete kaufen, kommen durch so genannte „Share-Deals“ meist davon ohne Steuern zu zahlen. Sie kaufen formal nicht die Immobilien, sondern die Mehrheit (bis zu 90 Prozent) der Anteile (englisch „shares“) an den jeweiligen Firmen, die die Immobilien besitzen. Wir fordern eine Reform der Grunderwerbsteuer, sodass auch anteilige Immobilienkäufe (ab über 50 Prozent) dann entsprechend auch anteilig besteuert werden. Dadurch werden Share-Deals weitgehend unattraktiv.</p>	Seite 89
<b>Reform Gemeinnützigkeitsrecht</b>	<p><b>Gemeinnützigkeit</b></p> <p>In den vergangenen Jahren haben immer mehr politisch engagierte Vereine vom Finanzamt oder vor Gericht ihre Gemeinnützigkeit aberkannt bekommen. Wir brauchen eine Reform des Gemeinnützigkeitsrechts mit einer Ausweitung der als gemeinnützig anerkannten Zwecke (z.B. die Förderung der Menschen- und Grundrechte, des Friedens, des Klimaschutzes oder der sozialen Gerechtigkeit). Die Mitwirkung an der politischen Willensbildung muss ausdrücklich als unschädlich für die Gemeinnützigkeit benannt werden, ob zur Verfolgung eigener Zwecke oder darüber hinaus für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte. Dabei ist zu beachten, dass es nicht zu einer verdeckten Parteienfinanzierung kommt und die Grenzen zur Parteienfinanzierung gewahrt sind. Auch darf die Erwähnung eines Vereins in einem Verfassungsschutzbericht des Bundes oder der Länder nicht mehr automatisch zur Aberkennung der Gemeinnützigkeit führen, wie es zuletzt im Fall der VVN/BdA passiert ist.</p>	Seite 89

<p><b>Einschränkung der Steuervermeidung durch gemeinnützige Stiftungen</b></p> <p><b>Intensivere Steuerprüfungen durch Bundessteuerverwaltung</b></p>	<p>Die Nutzung gemeinnütziger Stiftungen zur Steuervermeidung muss stärker eingeschränkt werden.</p> <p><b>Steuervollzug</b></p> <p>Die großen Probleme im Steuervollzug müssen endlich gelöst werden. Dazu braucht es einerseits deutlich mehr Personal und IT-Kapazitäten der Finanzbehörden. Mindestens ebenso wichtig ist aber eine bundesweit einheitliche Umsetzung und Durchsetzung der Steuergesetze des Bundes. Die Frequenz, mit der Großbetriebe und reiche Einzelpersonen durch Betriebs- und Steueraußenprüfungen kontrolliert werden, variiert stark zwischen den Ländern. Wir brauchen viel häufigere und intensivere Steuerprüfungen für Unternehmen und reiche Einzelpersonen. Die wirksame Lösung für diese interessengeleitete Kleinstaaterei wäre die Übertragung des Steuervollzugs auf die Bundesebene („Bundessteuerverwaltung“). Auch bei der Verfolgung und Bekämpfung halblegaler und verbotener Steuergestaltungsmodelle sind die Finanzbehörden oft untätig. [...]</p>	
<p><b>Datenbankgestützter Datenabgleich für Kapitalertragsteuer/-Erstattungen</b></p>	<p><b>Finanzkriminalität stoppen</b></p> <p>[...] Die großen privaten Wirtschaftsprüfungs- und Beratungsunternehmen sind zu mächtig – das zeigt der Wirecard-Skandal.</p> <p>Bei den sogenannten Cum/Ex- und Cum-Cum-Geschäften ließen sich kriminelle Händler auf dem Finanzmarkt vom Staat Steuern erstatten, die nie bezahlt wurden. Ein Netzwerk aus Banken, Beratern, Anwälten und Investoren bereicherte sich so auf Kosten der Allgemeinheit. Der Schaden in den letzten zwanzig Jahren wird auf über 35 Milliarden Euro geschätzt. Cum/Ex- und Cum-Cum-Geschäfte verhindern: Steuerbetrug mit Cum/Ex-ähnlichen Aktiengeschäften muss endlich wirksam unterbunden werden. Deshalb brauchen wir einen automatisierten und datenbankgestützten Abgleich zwischen jenen, die Erstattung von Kapitalertrag steuern beantragen, und jenen, die tatsächlich Kapitalertragsteuern entrichtet haben.</p>	<p>Seite 90</p>

<p><b>Offenlegung von Steuerzahlungen</b></p> <p><b>Kündigung von DBA mit unkooperativen Staaten</b></p> <p><b>Quellensteuer auf in nicht kooperativen Staaten abfließende Zahlungen</b></p> <p><b>Abschaffung der Steuerbefreiungen für ins Ausland fließende Kapitalerträge</b></p> <p><b>Differenzbesteuerung in Deutschland</b></p> <p><b>Aufrüstung der Strafverfolgungsbehörden</b></p> <p><b>Strafen für Banken, Wirtschaftsprüfer und Kanzleien</b></p>	<p><b>Steueroasen trockenlegen</b></p> <p>[...] Geldströme werden oft über Briefkastenfirmen und andere Rechtskonstrukte verschleiert. Das wollen wir unmöglich machen. Transnationale Konzerne sollen dazu verpflichtet werden, ihre Kerndaten wie ihre Wertschöpfung, Umsätze, Gewinne und Steuerzahlungen länderweise offenzulegen.</p> <p>Doppelbesteuerungsabkommen mit unkooperativen Staaten müssen sofort gekündigt und ihren Finanzinstituten muss die Lizenz in Deutschland entzogen werden. Durch eine Quellensteuer von 50 Prozent auf alle in nicht kooperative Staaten abfließenden Zahlungen, auf Dividenden, Zinsen und Lizenzabgaben von Unternehmen wollen wir Steuerflucht unattraktiv machen. Das ist auch im nationalen Alleingang sofort möglich. Die Beweislast muss bei den Unternehmen und Vermögenden liegen, durch eine Anrechnung der Quellensteuer nur bei Offenlegung aller steuerrelevanten Informationen.</p> <p>Wir wollen die Verlagerung von Konzerngewinnen ins Ausland bekämpfen: Bestehende Steuerbefreiungen für ins Ausland abfließende Kapitalerträge müssen abgeschafft werden. Steuervorteile für in einem Niedrigsteuerland erzielte Kapitalerträge wollen wir beseitigen: Die Steuerdifferenz muss in Deutschland erhoben werden.</p> <p>Strafverfolgungsbehörden und Finanzämter müssen personell, technisch und vom gesetzlichen Rahmen her in die Lage versetzt werden, Steuerhinterziehung als Geschäftsmodell konsequent zu verfolgen. Jede*r Steuerfahnder*in bringt etwa eine Million Euro mehr ein, als sie oder er kostet.</p> <p>Banken, Wirtschaftsprüfer und Kanzleien, die Beihilfe zur Steuerhinterziehung leisten, müssen empfindlich bestraft werden – bis hin zum Entzug der Bank- bzw. Geschäftslizenz.</p>	<p>Seite 91</p>
---	--	-----------------

<p><b>bei Beihilfe zur Steuerhinterziehung</b></p>	<p>Nach dem Vorbild des US-amerikanischen Foreign Account Tax Compliance Act (FATCA) werden Finanzinstitute zur Weitergabe von steuerrelevanten Informationen verpflichtet.</p>	
<p><b>Besteuerung der Digitalwirtschaft reformieren</b></p>	<p><b>Die Macht der Internetkonzerne und Plattformen begrenzen</b></p> <p>[...] Digitalkonzerne müssen in den Ländern Steuern zahlen, in denen sie wirtschaftlich aktiv sind. Dazu fordern wir eine stärkere Quellen-Besteuerung der Gewinne am Ort der Umsätze und die Einschränkung der Abzugsfähigkeit von Betriebsausgaben (z.B. Lizenzgebühren), die einzig der Gewinnverlagerung dienen. Das Konzept der virtuellen Betriebsstätte muss auch im Steuerrecht verankert werden.</p>	<p>Seite 93</p>
<p><b>Günstigere Besteuerung von E-Zigaretten</b></p>	<p><b>Schluss mit der Kriminalisierung der Drogen</b></p> <p>[...] Der Konsum von E-Zigaretten sollte als weniger schädliche Alternative zum Tabakkonsum angesehen und daher auch in steuerlicher Hinsicht günstiger gehalten werden.</p>	<p>Seite 132</p>
<p><b>Regulierungs- und Besteuerungsmöglichkeiten bei Digitalkonzernen sichern</b></p>	<p><b>Sozialökologisch gerechte Weltwirtschaft</b></p> <p>Wir lehnen die Bestrebungen großer Digitalkonzerne ab, ihre Interessen in internationalen Handelsverträgen zu E-Commerce bzw. im Rahmen der WTO festzuschreiben. So soll den Staaten die Möglichkeiten genommen werden, Tätigkeiten der Konzerne zu regulieren und zu besteuern. Wir wollen Regulierungs- und Besteuerungsmöglichkeiten sichern und Mindeststandards durchsetzen.</p>	<p>Seite 142</p>
<p><b>Finanztransaktionssteuer</b></p>	<p><b>Gerechte Steuern weltweit</b></p> <p>Reiche und Konzerne müssen an den globalen Kosten von Krisen und Klimawandel beteiligt werden. Es braucht ein gerechtes internationales Steuersystem mit einer Finanztransaktionssteuer. Steueroasen müssen trockengelegt werden, um transnationale Konzerne endlich stärker an der Entwicklung der Länder zu beteiligen, von deren Ausbeutung und Ressourcen sie profitieren [...].</p>	<p>Seite 144</p>

<p><b>Änderung von DBAs</b></p> <p><b>Entschuldung ärmster Länder</b></p>	<p>Doppelbesteuerungsabkommen, die Deutschland mit vielen Ländern des globalen Südens abgeschlossen hat, verhindern oft eine faire Besteuerung vor Ort, das meiste Geld fließt nach Deutschland. Das muss beendet werden!</p> <p>Wir fordern einen Schuldenschnitt und eine nachhaltige Entschuldungsinitiative für alle Länder des Globalen Südens, deren Schuldenlast nicht tragfähig ist. Private Gläubiger müssen gezwungen werden, sich an dieser Schuldeninitiative zu beteiligen. Wir fordern die Einführung eines Staateninsolvenzverfahrens</p>	
<p><b>EU-weiter Mindeststeuersatz</b></p> <p><b>Mindeststandards für Besteuerung großer Vermögen</b></p> <p><b>Steuerflucht bekämpfen</b></p> <p><b>Europäische Eigenmittel</b></p> <p><b>Besteuerung der Digitalkonzerne</b></p>	<p><b>Europaweit: Reichtum von oben nach unten verteilen</b></p> <p>[...] Es braucht einen EU-weiten Mindeststeuersatz für Unternehmen mit breiten und einheitlichen Bemessungsgrundlagen.</p> <p>Wir fordern gemeinsame Mindeststandards für die Besteuerung großer Vermögen und Spitzeneinkommen.</p> <p>Der Kampf gegen Steuerflucht muss verschärft werden. Banken, die in Steueroasen operieren, werden wir die Lizenz entziehen.</p> <p>Es braucht europäische Eigenmittel, etwa aus einer Finanztransaktionssteuer.</p> <p>Digitalkonzernen wie Google und Amazon machen Milliardengewinne und zahlen kaum Steuern. Wir werden sie endlich zur Kasse bitten!</p>	<p>Seite 149</p>